

*Ernst Dorfner*

## Semperit, das Grundeinkommen für alle, und die Wertschöpfungsabgabe.

Haben die Rationalisierungsprobleme der Firma Semperit<sup>1</sup> und das Grundeinkommen für alle miteinander etwas zu tun? So frage ich. Und antworte mit "ja!" Zu dem, was bei Semperit an Fragen wegen einer weiteren Rationalisierung vor allem der PKW-Reifenproduktion anstand, gab und gibt es eine gewisse Erklärungsschwäche, wird doch nicht verstanden, weshalb ein Unternehmen noch weiter rationalisieren will, wenn doch schon schöne Gewinne für die Aktionäre erarbeitet werden. Es wird vom Turbokapitalismus gesprochen, der nicht genug bekommen kann, von den shareholder-values, angetrieben vor allem von den großen amerikanischen Pensionskassen. Bereits die Ankündigung von Rationalisierungs- sprich: Kostensenkungsmaßnahmen - lässt die Aktienwerte - auch die von Continental, der Konzernmutter- steigen.

Die Erklärungsschwäche kommt - so meine ich - aus einem Erklärungsmuster für das Zustandekommen von Gewinnen, wie es der neoklassischen Schule geschuldet ist. Dieses Erklärungsmuster ist dem Thema Semperit und dem Thema Grundeinkommen gemeinsam. Wir wollen es hier in Frage stellen und dabei auch zeigen, dass die unterschiedlichen ideologischen Positionen der politischen Interpretationen doch auf eben diesem gleichen Muster aufbauen und dessen Mängel weitertransportieren. Wobei ein Mangel schon allein darin besteht, dass dieses neoklassische Muster selbst schon Ideologie ist. Wenn aber nun die Diskussion über das Grundeinkommen und die Möglichkeit seiner Finanzierung auf diesem Muster aufbaut, bleibt es auch dessen Mängel verhaftet. Macht man sich jedoch von diesen Grenzen frei, dann wird sich zeigen, dass diese Finanzierung nicht nur eine Verteilungsfrage ist, wie es das neoklassische Muster impliziert, sondern vor allem eine Kostenfrage.

Die Ursache dieses Mangels scheint dabei nicht zuletzt das tiefe Unverständnis der Neoklassik für das zu sein, was Geld ist, wie es entsteht und was es dabei gerade sozialpsychologisch<sup>2</sup> verursacht. Dies gilt für alle Ökonomen, die in diesem Sinn erzogen wurden, gleichgültig ob nun kapitalismusfreundlich oder -kritisch gesinnt. Nicht umsonst spricht der Berliner Ökonom Hajo Riese vom Geld als "dem letzten Rätsel der Nationalökonomie"<sup>3</sup>. Wenn aber Geld mehr ist als nur ein Schleier über der realen Wirtschaft, wenn also unsere Wirtschaft eine Geldwirtschaft ist, dann bleibt auch das Grundeinkommen dieser Geldwirtschaft und ihren Systemzwängen verpflichtet.

Ist also das Grundeinkommen ein Ausweg? Wenn nicht: Gibt es andere?

Eine zusätzliche Anmerkung vorweg: Auch wenn wir erkennen, dass menschliche Handlungen eher nur teilweise rationalen Entscheidungen folgen, ist nachfolgender Diskurs ein sehr rationaler: Er setzt sich eben mit Geld und seiner Rationalität auseinander. Diese Rationalität aber gilt es zu erkennen und zu berücksichtigen, wenn über ein Grundeinkommen in Geld diskutiert wird. Gerade aber dieses Erkennen bleibt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auch auf der Seite der nach Alternativen Suchenden nahezu vollständig außerhalb des Blickwinkels. Wiewohl sich im Alltagsleben nahezu alles ums Geld dreht, gilt es offensichtlich als Verletzung eines Tabus, über Geld grundsätzlich nachzudenken und zu reden.<sup>4</sup>

## 1.

Anhand des Wirtschaftskreislaufes, wie er in vereinfachter Form den Studenten der Nationalökonomie in den Anfangssemestern nahegebracht und dabei die Verteilung des Volkseinkommens dargestellt wird, soll gezeigt werden, welcher Erklärungswert damit nicht nur für das Problem Semperit gegeben ist, sondern auch für die Möglichkeit der Finanzierung eines Grundeinkommens. Dabei wird trotz - oder gerade wegen - der Vereinfachung die Sichtweise der neoklassischen Theorie nicht verwischt, sondern im Gegenteil, eher noch verdeutlicht.

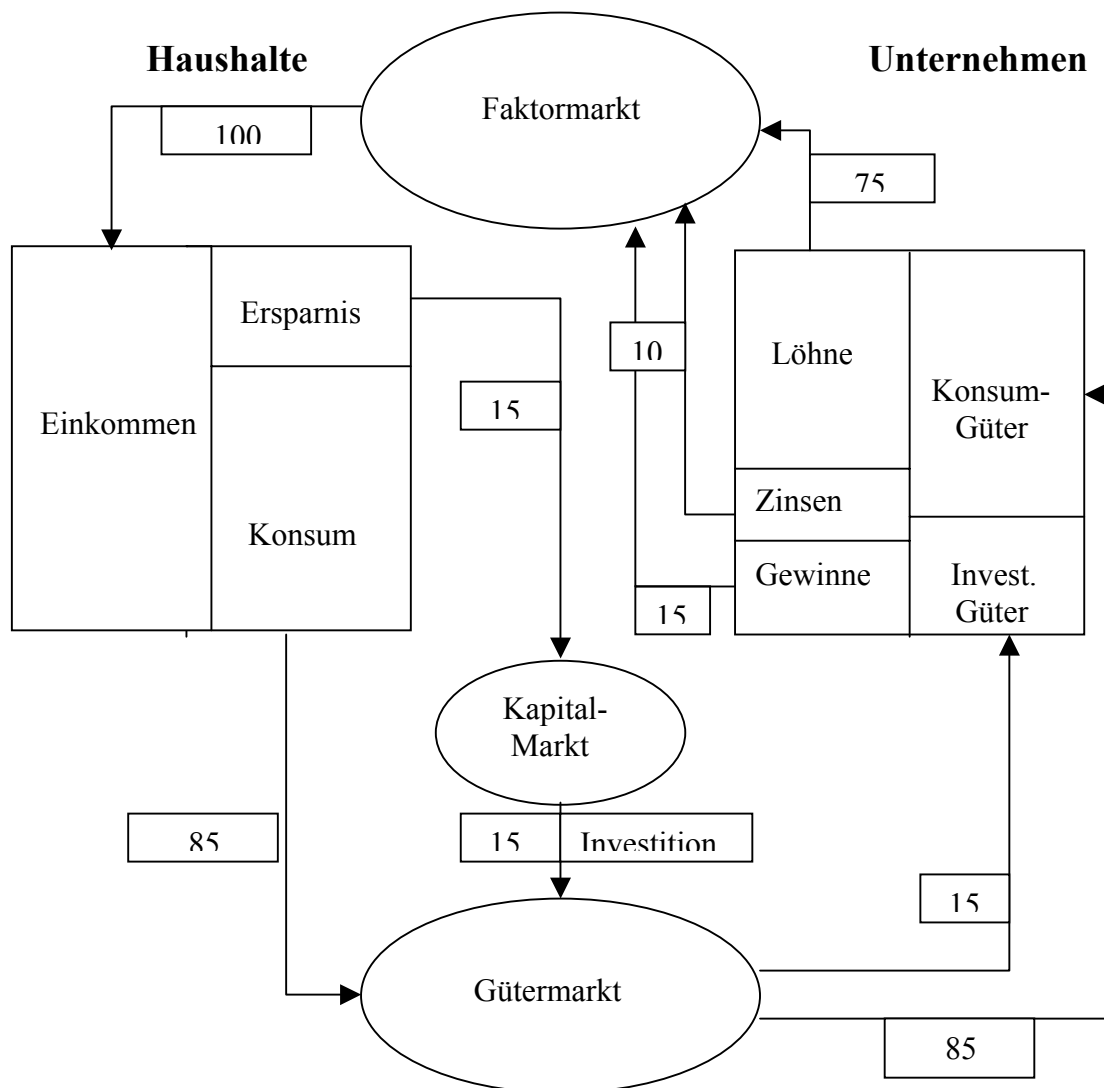


Abb. 1: Vereinfachtes Kreislaufschema<sup>5</sup>

Entsprechend Abb. 1 (s. Anhang) wird am Faktormarkt von den Unternehmern nach den Produktionsfaktoren Arbeit, Finanzkapital und Realkapital nachgefragt, woraus Einkommen in Form von Löhnen, Zinsen und Gewinnen entsteht. Dieses Einkommen wird nun zum Teil konsumiert, der Rest gespart. Dementsprechend entsteht Nachfrage am Gütermarkt: Einerseits nach Konsumgütern, andererseits über die Ersparnisse - nach denen am Kapitalmarkt Nachfrage gehalten wird - nach Investitionsgütern in Form von Netto-Investitionen. Dabei sind Netto-Investitionen jene Investitionen, die über die Ersatzinvestitionen hinausgehen. Die Ersatzinvestitionen wiederum sind in den Aufwendungen enthalten, die zur Herstellung der Konsumgüter notwendig sind.<sup>6</sup>

Damit ist der Wirtschaftskreislauf geschlossen. Sämtliche Ausgaben, die von den Unternehmern getätigt werden, sind wieder dorthin über die Preise der Güter zurückgekehrt.

Die Verteilung des Einkommens wird dabei makroökonomisch von den Marktkräften über die Nachfrage nach den und das Angebot der jeweiligen Produktionsfaktoren entschieden, also von einer gewissermaßen naturgegebenen, neutralen, übermenschlichen "invisible hand", der niemand bösen Willen unterschieben kann. Eine Vorstellung, wie sie auf Adam Smith zurückgeht. Der Anteil von Löhnen, Zinsen und Gewinnen - die Lohn-, Zins- und Gewinnquote - ist dabei nicht stabil, sondern wird dementsprechend mit der Zeit schwanken. Eine etwa sinkende Ersparnisquote bei steigender Konsumquote und damit hoher Nachfrage nach Investitionen wird die Zinsquote auf Kosten der Lohnquote ansteigen lassen. Ähnliches gilt umgekehrt. Immer aber wird die Summe dieser Quoten zwangsläufig 100 Prozent ausmachen. Und jede der Quoten wird ein positiver Wert sein.

Neben dieser makroökonomischen Verteilung des Volkseinkommens auf Löhne, Gewinne und Zinsen gibt es auch noch die mikroökonomische innerhalb der Löhne und der Gewinne selbst. Beiden aber ist gemeinsam, dass diese Verteilung "nur" eine Frage der Allokation, also von Angebot und Nachfrage, ist.

Durch die makroökonomische Verteilung über die Marktkräfte kommt aber ein in jedem Fall positiver Saldo der Gewinne und Verluste über eine gesamte Volkswirtschaft zustande. Darauf werden wir später noch zurückkommen.

Vorerst ist an dieser Stelle eine wichtige Voraussetzung nachzuholen. In der neoklassischen Logik ist Geld sequentiell vom Anfang an nicht vorhanden. Voraussetzungsgemäß ist die Wirtschaft eine Tauschwirtschaft. Und diese war schon immer - auch vor der "Erfindung" des Geldes - eine Tauschwirtschaft.<sup>7</sup> Damit wird auch nicht in Geldpreisen gerechnet, sondern mit Relativpreisen der Güter und Leistungen untereinander, d.h. mit Preisen, die sich im Relationen der Menge des Gutes A zur Menge des Gutes B oder der Leistung C ausdrücken. Etwa: Wie viele Sack Kartoffel muss ich für ein Paar Schuhe hergeben, wie viele Laib Brot für das Haare schneiden. So wie auch die Entfernung von Wien und Paris im Verhältnis der Entfernung von Salzburg und München ausgedrückt werden kann.

Diese *Relativpreise* werden am Markt über Angebot und Nachfrage ohne Zuhilfenahme von Geld ermittelt. Wobei von Kritikern eingewendet wird, dass das nur über einen Auktionator möglich wäre, dem sämtliche Anbieter zur selben Zeit ihre Waren und Leistungen vorlegen und von ihnen als Nachfragende jene Relativpreise geboten werden, die zu einer Markträumung führen.<sup>8</sup>

Jedenfalls aber spielt Geld dabei keine Rolle. Die Preise werden ohne Zuhilfenahme von Geld ausgehandelt und auch nicht in Geld ausgedrückt. Erst nachträglich wird Geld gewissermaßen darüber geworfen, woraus die *Absolutpreise* oder Geldpreise entstehen. So wie durch Einführung des Metermaßes auch die absolute Entfernung von Wien und Paris angegeben werden kann. Und so wie sich damit an der tatsächlichen Entfernung dieser beiden Orte nichts ändert, ändert sich auch durch die Einführung des Geldes nichts am Preis eines Gutes oder einer Leistung.

Die gesamten Lohn-, Zins- und Gewinnerträge stellen sich damit als Anteile am realen Volkseinkommen in Form von Konsum- und Investitionsgütern dar, wie sie aus dem Produktionsprozess hervorgehen. Dieses reale Volkseinkommen wird zwar in Geld bewertet, doch ist dieser dabei ermittelte Preis nur eine Rechengröße, abhängig von der gesamten Geldmenge bzw. dessen Kehrwert, der Kaufkraft der Geldeinheit.<sup>9</sup>

Geld ist so nur ein Schleier über dem Wert der realen Güter und dem damit real vorhandenen Volkseinkommen. Wird in der laufenden Periode mehr erzeugt als in der vergangenen, so errechnet sich bei konstanten Preisen auch ein höheres Volkseinkommen in Geld. Ansonst aber ist Geld neutral, bewirkt nichts, so die Theorie.

Hier nun findet sich auch jene Logik, die zum sozialen Elend und der politischen Entwicklung der dreißiger Jahre entscheidend mit beigetragen hat: Ist der Gewinnsaldo zu klein, wird also zuviel konsumiert, weil die Löhne zu hoch sind, und wird deshalb zuwenig gespart, dann wird auch zuwenig investiert, werden zu wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die soziale Folge: Arbeitslosigkeit. Theoretische Begründung: Zu hohe Löhne. Also meinte man, hier eine konsequente Austerity-Politik betreiben zu müssen, um über eine niedrigere Lohnquote ein neu es Vollbeschäftigungs-Gleichgewicht zu finden. Dass dabei die verfolgte Deflationspolitik eine Spirale nach unten in Bewegung setzte, wollte man nicht sehen. Denn Geld spielt ja keine Rolle.<sup>10</sup>

Über die Quoten- oder Relativrechnung, wie sie immer wieder in verteilungspolitischen Diskussionen verwendet wird, lässt sich aber andererseits auch vermitteln, dass durch Rationalisierungseffekte beim Faktor Arbeit die Lohnquote verringert würde, und ergo dessen die Profitquote<sup>11</sup> zwingend sich vergrößern müsse. Wenn das eine kleiner wird, muss das andere ja größer werden, damit wieder 100 Prozent herauskommen. Der Anteil von den Profiten am Volkseinkommen müsse also demzufolge steigen. Und da die Empirie dies auch zeigt, sei dies gewissermaßen auch belegt.

Kapitalismusbefürworter und Kapitalismuskritiker stehen sich hier nun gegenüber, doch stehen sie am gleichen Theoriefundament, von dem aus sie nur verschiedene Schlussfolgerungen ziehen, worüber sich ideologisch trefflich streiten lässt. So sitzen beide auf der gleichen gleichgewichtstheoretischen Wippe, nur halt an verschiedenen Enden.

## 2.

Was nun bei dieser Darstellung der Verteilung des Volkseinkommens ganz besonders auffällt, ist, dass damit auch in einer stationären Wirtschaft, also bei Null-Wachstum, ja selbst bei einer schrumpfenden Wirtschaft, eine positive Gewinnquote zustande kommen kann. Gewinn ist eine Frage - und nur eine Frage - der Verteilung. Gewinn ist sohin ohne Wachstum möglich. Es darf deshalb auch nicht wundern, dass auch durchaus kapitalismuskritische Ökonomen in ihrem neoklassischen Theorieverständnis dem Wachstumszwang verblüfft gegenüberstehen und gerne von einem Wachstumsfetischismus sprechen. Sie sehen zwar den Verwertungszwang des Kapitals, also der Ersparnisse - oder Profite, wie sie sagen - glauben aber diesen Verwertungszwang durch Umverteilung hin zu den ärmeren Konsumenten zumindest mildern zu können.

Mit all dem aber wird stillschweigend vermittelt, dass das dementsprechende Einkommen oder Vermögen in Form von Geld auf jedem Fall stets vorhanden ist, wie es auch zu sein scheint. Salopp ausgedrückt: "Das Geld ist ja in Hülle und Fülle da, nur halt an der falschen Stelle."<sup>12</sup>

Es dort etwa für ein Grundeinkommen herauszuholen, das wäre nun die Aufgabe der Politik.

So schreibt Ada Pellert:

"Meist wird die Allokation knapper Ressourcen als Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft bezeichnet. Da die meisten Entscheidungen allokativ wie distributive Wirkungen nach sich ziehen, ist es nicht möglich die Allokations- von der Distributionsfrage zu trennen."<sup>13</sup>

Von eben dieser Distributionsfrage gehen jene aus, die sich für ein Grundeinkommen aussprechen. Sie findet sich etwa bei Lieselotte Wohlgenannt, die u. a. schreibt:

"Wirtschaft ist Geld (...). Was aber ist Geld? Eine Münze oder Banknote kann man zwar in der Hand halten, trotzdem weiß jedes Kind, dass es damit nur Zuckerln kaufen kann, wenn ein Geschäft in der Nähe ist. Sind also genug, ja übergenug Güter vorhanden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, und darüber hinaus genug verfügbare Arbeitskraft, um eventuell Fehlendes zu beschaffen, so müsste der Schluss wohl lauten: ein Grundeinkommen (...) ist machbar..

Und nach einem Hinweis auf ein Grundeinkommen in Form Zuteilung von Grundbedarfsgütern, wie es um 1912 in Österreich diskutiert wurde, heißt es dann weiter:

"Auch wenn Geld in sich keinen Wert hat, so möchten wir heute auf die Möglichkeit nicht verzichten, aus einem vielfältigen Angebot (...) nach persönlichen Prioritäten (...) zu wählen. Für diese Vermittlerrolle ist Geld in einer modernen Wirtschaft unersetzlich." <sup>14</sup>

Auch wenn wir diese Bemühungen unterstützen, bleibt kritisch festzuhalten: Diese Sichtweise ist noch immer - so wie in den dreißiger Jahren - die neoklassische, in der Geld keine Rolle spielt außer der des Tauschvermittlers, der Transaktionskosten sparen hilft. Die Autoren sehen, dass durch die Rationalisierungen in den Unternehmen immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen, und damit auch die Gesamtheit der Lohneinkommen zurückgeht, die auf den Konsumgütermärkten Nachfrage nach dem halten, was in immer größerer Menge und Vielfalt mit immer weniger Arbeitskräften, dafür mit höherem Kapitaleinsatz, erzeugt wird. Aber das Geld muss grundsätzlich irgendwo da sein, so wie die Güter da sind. So meint Luise Gubitzer im Konnex mit der Finanzierung eines Grundeinkommens:

" Da zugleich mit der Einführung eines Basiseinkommens auch andere Maßnahmen ergriffen werden, (...), ergeben sich Einsparungen durch (...) die Einstellung der Verschwendungsproduktion; den Wegfall von Reparaturkosten (...)."<sup>15</sup>

So wie also am Verbrauch realer Ressourcen gespart wird, weniger aus dem großen "Ressourcentopf" der "Scheichs" entnommen wird, gilt dies gleichermaßen für den "Geldtopf" der Reichen, in dem dann zwangsläufig mehr drinnen bleiben müsse. Und so wie Erdöl da ist, ist auch das Geld da.

In diesem Sinn halten sie eine Umverteilung "nach unten" sogar zwingend zur Rettung des Systems für notwendig, welches sonst an einem "Darmverschluss" zugrunde geht.

Dabei sprechen sich die Vertreter eines Grundeinkommens für eine Entkoppelung der Sozialleistungen vom derzeitigen oder früheren Besitz von Erwerbsarbeit aus, was zu begrüßen ist. Das Grundeinkommen - davon ja der Name - soll jede Bürgerin und jeder Bürger erhalten. Dahinter steht die Überlegung, dass ja nicht nur über die Erwerbsarbeit gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit geleistet wird. Vielfach ist ja dies sogar mehr als kritisch zu hinterfragen. Vielmehr braucht Erwerbsarbeit nicht nur die Ergänzung durch Nicht-Erwerbsarbeit in den Haushalten und anderswo, sondern benötigt diese Reproduktionsarbeit geradezu als Fundament, auf dem sie aufgesetzt ist.

Diese Reproduktionsarbeit, welche derzeit so geringen gesellschaftlichen Stellenwert genießt und auch nicht in Geld entlohnt wird, aufzuwerten und zu entgelten, ist deshalb nicht zuletzt das Ziel des Grundeinkommens.

Damit soll aber auch noch ein Weiteres erreicht werden, nämlich den Druck auf den Erwerbsarbeitsmarkt abzuschwächen, um so die Nachfrage nach Erwerbsarbeitsplätzen zu verringern und das Verhältnis der Nachfrage nach den unterschiedlichen Produktionsfaktoren zugunsten der Lohnarbeit zu verändern. Das Volkseinkommen wird ja - so die Theorie - entsprechend den unterschiedlichen Knappheiten auf den Güter- und Faktormärkten real verteilt und dementsprechend monetär ausgedrückt. Etwa meint Robert Reischer:

"Die bisherige Verteilung der Erträge über die Arbeitsplätze war schon bisher höchst ungerecht und muss anders organisiert werden."<sup>16</sup>

Wie also immer: Es sind nicht nur die Güter da; es ist auch das Geld da. Beide sind nur mehr gerecht zu verteilen.

Oder ist es doch nicht "nur" ein Verteilungsproblem?

### 3.

Ziel der Rationalisierung ist nach der Meinung jener Kritiker, deren Verständnis eben auch in dieser neoklassischen Theorie fußt, eine neue Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der Kapitaleinkommen durch Verringerung der Lohnkosten. Dabei soll nicht nur die Zahl der Lohnarbeiter verringert werden, um Kosten zu sparen, sondern durch Schaffung einer "industriellen Reservearmee" zudem die spezifische Lohnhöhe gedrückt werden.

Damit angesprochen ist die übliche Erklärung des Problems Semperit: Den Aktionären genügen offensichtlich nicht die erwirtschafteten recht guten Gewinne. Mit bislang in Österreich nicht gekannter brutaler Gewalt wird noch mehr auf Kosten der Arbeiter und Angestellten verlangt. Das vorhandene Einkommen soll noch weiter zugunsten des Kapitals umverteilt wird.

Diese Interpretation, die durch die neoklassische Relativrechnung vermittelt wird, geht an der Tatsache vorbei, dass es betriebswirtschaftliches Ziel jedes Unternehmers ist, durch Rationalisierungsinvestitionen insgesamt weniger auszugeben, um so die Kosten zu reduzieren und damit konkurrenzfähiger am Markt zu sein. Diese höhere Konkurrenzfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn die anderen Unternehmen zumindest derzeit noch höhere Kosten haben und deshalb für ihre Produktion mehr ausgeben müssen als das rationalisierte Unternehmen.

Insgesamt ist damit aber die Summe der Ausgaben aller Unternehmer zusammen gesunken, aber wesentlich weniger als die Ausgaben des rationalisierten Unternehmens. Das heißt: Bei der Rationalisierung nur eines Unternehmens ist insgesamt noch mehr monetäres Volkseinkommen vorhanden als wenn alle Unternehmer schon den gleichen Rationalisierungsgrad erreicht hätten. Auf diese Weise kann das rationalisierte Unternehmen vergleichsweise höhere Gewinne realisieren, indem es einen Teil der höheren Kosten bzw. Ausgaben der anderen, noch nicht rationalisierten, als Einnahmen an sich zieht. Das rationalisierte Unternehmen ist in dem Sinn "Trittbrettfahrer" bei der Gesamtheit der anderen Unternehmen.

Dennoch ist so aber auch das gesamte Volkseinkommen etwas gesunken. Und dieses Volkseinkommen wird weiter sinken, wenn andere Unternehmen ebenfalls rationalisieren und keine oder zumindest nicht genügend Erweiterungsinvestitionen durchgeführt werden, mit denen neue Arbeitsplätze und damit neue Ausgaben für Unternehmer entstehen. So ist es zumindest vorstellbar<sup>17</sup>, dass bei gleich groß bleibendem realen Produktionsausstoß das monetäre Volkseinkommen nicht - wie nach der neoklassischen Interpretation - gleich groß bleibt, sondern zurückgeht. Es beginnt zu sinken und initiiert in der Folge weitere dynamische Prozesse in Form einer Spirale nach unten.

Eine wesentliche Kritik an der neoklassischen Interpretation des volkswirtschaftlichen Kreislaufschemas besteht somit darin, dass nach dieser die Geldmenge einer steigenden oder sinkenden Produktion stets angepasst wird, das Geld also einfach in richtiger Menge da ist, ohne zu fragen, wie dieses Mehr oder Weniger zustande kommt und was damit an physischen und psychologischen Prozessen verbunden ist.<sup>18</sup> Dass diese Geldversorgung im richtigen Maß erfolgt<sup>19</sup>, nimmt der neoklassische Volkswirt einfach an. Der Betriebswirt dagegen weiß, dass Rationalisierungen allein den Zweck haben, monetäre Kosten zu sparen, also die Ausgaben des Unternehmers zu reduzieren.

Um es nochmals zu präzisieren: Wenn alle Ausgaben der Unternehmer zusammen auf der anderen Seite das Volkseinkommen darstellen, und Rationalisierung heißt, weniger Geld für die Produktion auszugeben, dann führt diese Rationalisierung eben auch zur Reduzierung des gesamten monetären Volkseinkommens bei gleich gebliebenem Produktionsvolumen. Die Meinung, dass das Geld schon irgendwo da ist, nur halt nicht bei den Löhnen, ist somit nicht mehr vertretbar. Vielmehr ist das Geld weniger geworden.

Wir sollten nun aber erkennen, dass die Stabilität einer Volkswirtschaft davon abhängt, wie hoch der schon eingangs besprochene gesamtvolkswirtschaftliche Saldo der Gewinne und

Verluste aller Unternehmen zusammen über Null liegt, was heißt, dass die Summe aller Gewinne größer ist als die Summe aller Verluste. So werden nur wenige Unternehmen in die wirtschaftliche "Frostzone" gelangen und tatsächlich ausscheiden müssen, während alle anderen Gewinne schreiben können, wengleich auch vielfach keine überragenden. Aber sie können damit ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, womit ihnen weiterhin der Weg über die Fremdfinanzierung erhalten bleibt. Sie bleiben kreditfähig.

Mit sinkendem Saldo werden dagegen immer mehr Unternehmer bankrottieren, ausscheiden müssen. Dabei gehen nicht nur Vermögensansprüche verloren, sondern auch Arbeitsplätze. Eine Situation, wie sie sich gerade jetzt recht deutlich bei reduziertem Wirtschaftswachstum präsentiert. Wobei die unterschiedlichen Kostenbelastungen in den einzelnen Volkswirtschaften, die am Weltmarkt miteinander konkurrieren, noch nicht berücksichtigt sind.

Die oben dargestellte Verteilung des Volkseinkommens jedoch vermittelt, dass dieser Gewinnsaldo stets positiv und genügend weit über Null liegt, wenn nur nicht die Lohnquote zu hoch ist. Doch diese Interpretation lässt sich nicht aufrecht erhalten, wenn wir das besprochene Kreislaufschema nun monetär von der Kostenseite her betrachten. Wir sehen, dass am Faktormarkt sämtliche Geldeinkommen als Ausgaben der Unternehmer zustande kommen. Es ist das Volkseinkommen. Und eben dieses Volkseinkommen erhalten die Unternehmer auch wieder als Einnahmen zurück. Nicht mehr und nicht weniger. Ist nun aber der Gewinn der Saldo der Einnahmen über den Ausgaben, dann ist dieser in diesem Fall Null.

Wie aber kommt dann ein positiver Saldo zustande? Eine Frage, die schon Karl Marx gestellt, aber nicht beantwortet hat:

"Das in Form von Geldkapital vorgeschobne zirkulierende Kapital von 500 Pf. St., (...) sei das zirkulierende Gesamtkapital der Gesellschaft, d.h. der Kapitalistenklasse. Der Mehrwert sei 100 Pf. St. Wie kann nun die gesamte Kapitalistenklasse beständig 600 Pf. St. aus der Zirkulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500 Pf. St. hineinwirft?"<sup>20</sup>

Wie tief die neoklassische Prägung geht, zeigt aber immer wieder die Gleichsetzung des Mehrwertes in Form des *Mehrproduktes* mit dem Mehrwert in Form des *Mehrertrages in Geld* auch bei durchaus kritischen ÖkonomInnen. Beispielsweise schreibt Luise Gubitzer :

"Gemäß der Eigentumsordnung obliegt es den Besitzern, was mit dem von ihnen erzeugten Mehrprodukt geschieht, d.h. wo und wie es investiert und angelegt bzw. wie es verteilt wird. (...) Daraus erwächst die zentrale Frage, ob eine neue Gesprächsbasis und -form gefunden wird, in der die Konturen einer gerechteren Verteilung des Mehrproduktes und der Vermögen, der lohnabhängigen Erwerbsarbeit, der Hausarbeit und der vielen anderen Tätigkeiten sowie der Partizipation entstehen."<sup>21</sup>

Hier bedarf es einer Richtigstellung: Was investiert oder verteilt werden soll, ist der Mehrwert in Geld und nicht einfach ein Mehrprodukt. Nur in der von Alfred Marshall modellierten "Weizenökonomie"<sup>22</sup> kann das gleich gesetzt werden. In der realen Welt muss jedoch ein Mehrprodukt erst verkauft werden, um zu einem Mehrertrag zu kommen. Das allerdings wissen die Arbeiter von Semperit.

#### 4.

Erst wenn Unternehmer Produkte "fertig" hergestellt haben, können sie damit auf den Markt gehen. Für die Aufnahme einer Produktion müssen sie aber zuerst all die Produktionsfaktoren und -ressourcen anschaffen, also in ihr Eigentum bringen, die sie hierfür brauchen und bislang noch im Eigentum irgendwelcher Dritter sind. Zu dieser Anschaffung brauchen sie Geld. Geld steht also ganz am Anfang. Es ist der Schlüssel zum Beginn einer Produktion. Dies bestätigt auch Joan Robinson:

"Ein Finanzmechanismus, der die Unternehmen mit einer Verfügungsmacht über jene Ressourcen hinaus versieht, welche sie (*bereits* -Einfügung E.D.) besitzen, ist ein grundlegendes Charakteristikum einer modernen kapitalistischen Wirtschaft. Es leitet sich von der Fähigkeit ab, Vertrauen auf zukünftigen Gewinn bei jenen, die ihnen Kredite gewähren, zu erwecken."<sup>23</sup>

Was aber ist Geld?

Die Antwort, die Lieselotte Wohlgenannt gegeben hat, ist keine Antwort, sondern eine Flucht aus der Frage. Geld, so lässt sich bereits aus obigen Überlegungen herleiten, hat etwas mit der Möglichkeit zu tun, rechtmäßigen Zugang zum Eigentum anderer zu erhalten. Es hat etwas mit der Zeit zu tun, die von der Produktionsaufnahme bis zu dem Angebot am Markt vergeht. Frühestens am Ende dieser Periode kann dann der Unternehmer etwas von ihm neu Geschaffenes hergeben, mit dem er die Ansprüche seiner Vorlieferanten erfüllt. Zwischenzeitlich ist er etwas schuldig. Diese Schuldigkeit aber wird in Rechtsdokumenten festgehalten, in Schuldscheinen.

Hier nun müssen wir eine Institution ins Spiel bringen, die mit diesen Schuldscheinen zu tun hat. Es sind die Banken. Die Banken übernehmen diese Schuldscheine. Und sie geben dafür etwas her, was wir "Geld" nennen. Sehr anschaulich erläutert dies die Österreichische Nationalbank in einer Broschüre anhand eines Beispiels.<sup>24</sup> Daraus können wir ersehen, was Geld ist und wie es entsteht.

Der Großhändler A kauft Waren beim Fabrikanten C und liefert diese an den Einzelhändler B weiter. A stellt einen Wechsel- also einen Schuldschein - mit B als Bezogenem, also als Schuldner, aus, den C als Zahlung akzeptiert. C reicht diesen Wechsel bei seiner Bank D ein, weil er Geld für Lohnzahlungen braucht. Die Bank D ihrerseits lässt sich diesen Wechsel von der Notenbank E in Geld refinanzieren. Neues Geld entsteht. Nach Fälligkeit des Wechsels präsentiert die Notenbank E den Wechsel bei der Bank F des B. F transferiert Geld an die Notenbank. Geld verschwindet wieder. F löst den Wechsel bei Z ein, der damit Geld an die Bank F transferiert, dies aber I nur deshalb tun kann, weil er inzwischen die Waren gegen Geld verkauft hat. Dieser Verkauf ist aber nur möglich, weil inzwischen anderswo Geld wieder neu durch Verschuldung in ähnlicher Weise entsteht.<sup>25</sup>

Wir erkennen: Geld entspringt aus einem Verschuldungsprozess, bei dem Kredit vergeben wird. Dabei entsteht ein Rechtsverhältnis zwischen dem Kreditnehmer und der Bank: Die Bank hält mit dem Kreditvertrag eine Forderung gegen ihn. Diese Forderung steht auf der Habenseite der Bankbilanz. Der Kreditnehmer ist der Bank etwas schuldig, was er mit Geld zu tilgen hat. Es entsteht aber auch ein Rechtsverhältnis zwischen der Bank und dem Lieferanten, der mit dem aus dem Kredit entstandenen Geld bezahlt wird. Der Lieferant hat eine Forderung gegen die Bank, die nur durch Notenbankgeld erfüllt werden kann und auf der Sollseite der Bilanz steht. Und dadurch erfüllt wird, dass Geld gesetzliches Zahlungsmittel ist, also jede Schuld tilgt, die bei einem Kauf entsteht.<sup>26</sup>

Geld ist also durch Verschuldung entstanden. Und es verschwindet durch Entschuldung auch wieder. Das ist deutlich erkennbar, solange es sich um Buchgeld handelt. Überziehe ich mein Konto, so entsteht auf meinem Konto eine Belastung und auf einem anderen eine Gutschrift, die der Inhaber dieses Kontos zu Zahlungen verwenden kann. Aber auch hinter jedem Hunderter im Portemonnaie steht ein Schuldner. Tilgt dieser aber seine Schuld, etwa durch Einlösung des Wechsels, so bleibt dennoch der Hunderter in der Börse, weil und sofern sich ein neuer Schuldner hierfür gefunden hat.

Die Nationalbank spricht in diesem Zusammenhang von "Geldschöpfung" und "Geldvernichtung". Aus einer streng verrechneten Drucksorte wird durch Verschuldung - etwa über einen Wechsel - Geld. Und aus Geld durch Entschuldung - die Einlösung des Wechsels - wird wieder eine streng verrechnete Drucksorte.<sup>27</sup> Diese Verschuldungs-Prozesse laufen nun in millionenfacher Auflage ab. Alles Geld entsteht so: In Form von Buchgeld bei den Geschäftsbanken und in Form von Banknoten Notenbankguthaben bei der Notenbank. Und es hängt auch davon ab, wie viel Geld entsteht und nachfragewirksam auftritt.



Das aber hängt wiederum davon ab, wie viel Geld die Unternehmer insgesamt in die laufende Produktion stecken, deren Erzeugnisse dann in der nächsten Periode fertig am Markt erscheinen. Dabei darf man nicht der Täuschung unterliegen, dass auch bereits vorhandenes Geld investiert wird. Denn auch zu diesem Geld - gleich ob Notenbankgeld oder Buchgeld - gehört irgendwo ein Schuldner, ist also auch dieses aus einem Kredit entstanden.

All dieses Geld tritt nun aber unmittelbar sofort - also nicht zeitverzögert, wie die Produkte, deren Herstellung Zeit braucht - am Markt auf und fragt dort nach den Gütern und Leistungen nach, die dort bereits fertig angeboten werden. Diese wurden bereits in der vorhergehenden Periode hergestellt und mussten damals dafür Kosten aufgewendet werden.

Zwischen dem Erscheinen des Geldes und der Produkte am Markt tritt eine Zeitverzögerung, ein time-lag, auf, der wichtig zu beachten ist.

Produzieren in der laufenden Periode - also heute - die Unternehmen nun aber mehr als in der vorhergehenden - also gestern - , so müssen sie bei konstanten Preisen und Löhnen mehr Geld in die Produktion stecken als gestern. Dieses Mehr an Geld fragt nun aber nach den bereits gestern erzeugten Gütern nach, womit es möglich wird, sie heute zu Preisen verkaufen zu können, die höher sind als deren Kosten gestern. Daraus ergibt sich gesamtwirtschaftlich ein Mehrertrag, der diesen oben genannten Gewinnsaldo möglich macht.

Der gesamtwirtschaftliche Saldo ist somit Ausdruck der Höhe der Netto-Investitionen, die von den Unternehmern getätigt werden, also jener Investitionen, die über die Ersatzinvestitionen hinausgehen.

Solange diese Mehrinvestitionen von Geld heute im Vergleich zu gestern zu Produktionserweiterungen und damit auch zu einem realen Wirtschaftswachstum führen, folgt dem Mehr an Geld heute somit auch ein Mehr von Produkten morgen, womit eine inflationäre Geldentwertung weitgehend vermieden wird.

Die Unternehmer verschulden sich und investieren aber nur bei ausreichendem Vertrauen in die zukünftigen Gewinnerwartungen. Dies hat John M. Keynes schon 1935 beschrieben:

"Der Zustand des Vertrauens, wie er genannt wird, ist ein Faktor, dem die Geschäftsleute immer die tiefste und sorgfältigste Beachtung schenken. (...) Es sind nämlich nicht zwei verschiedene Faktoren, welche die Rate der Investitionen beeinflussen, die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Zustand des Vertrauens. Der Zustand des Vertrauens ist gewichtig, weil er einer der Hauptbestimmungspunkte der ersteren ist (der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, von mir hier als Gewinnerwartungen bezeichnet; E.D.), die wiederum nur der Nachfragetabelle der Investitionen identisch ist."<sup>28</sup>

Und Joan Robinson fügt am Ende des oben angeführten Zitates hinzu:

"Wenn jedoch die Kapitalisten überhaupt kein Vertrauen mehr genießen, würde dies einen Zusammenbruch des Geldsystems und des gesamten Wirtschaftssystems zu Folge haben."<sup>29</sup>

Ist nun dieses Vertrauen hoch, dann werden Unternehmer bereit sein, heute mehr zu investieren als gestern, wodurch sich die Gewinnerwartungen auch erfüllen. Ist dieses Vertrauen aber niedrig, werden sie möglicherweise weniger investieren als gestern, wodurch der Gewinnsaldo sinkt und sich auch die Verlusterwartungen bestätigen. Mit sinkendem Gewinnsaldo aber wird die Wirtschaft immer unstabiler, immer mehr Unternehmer bankrottieren. Mit sinkendem Saldo wird die Wirtschaft also immer mehr zum Nullsummenspiel, bei dem den Gewinnen auf der einen Seite gleich hohe Verluste auf der anderen Seite gegenüberstehen.

Mit anderen Worten heißt das: Ist das Vertrauen in die Gewinnaussichten gut, sind die Unternehmer bei den Ausgaben eher großzügig, sind sie aber schlecht, fangen sie bei den Ausgaben, bei ihren Kosten, zu sparen an. Kosten sparen aber bedeutet nicht, dass die Unternehmer als Gesamtheit - nicht als einzelne - nun überschüssiges Geld in ihren Tresoren oder auf Kon-

ten aufbewahren. Vielmehr werden sich die Unternehmer für die Produktion weniger verschulden wollen- oder sich sogar entschulden. So aber ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass damit die im Umlauf befindliche Geldmenge verkleinert wird.

Dies sollte auch aus obigem Beispiel deutlich werden: Ist der Einzelhändler B nicht bereit, im Wechsel des A als Bezogener, also als Schuldner, aufzuscheinen, erfolgt keine Lieferung des A an B. Gleichzeitig erhält aber C keinen Wechsel, den die Bank D von der Notenbank refinanzieren lassen kann. Das aber heißt: Es entsteht auch kein neues Geld. Der Wirtschaftskreislauf stockt, weil sich B nicht verschulden will. Der Fabrikant C kann damit auch nicht die Löhne bezahlen. Er kommt zumindest in Liquiditätsschwierigkeiten.

Die Erkenntnis aus all dem sollte sein, dass Geld durch unzählige Verschuldungsprozesse immer wieder neu entsteht und entstehen muss, so wie es durch Entschuldungen auch immer wieder verschwindet. Geld ist also nicht einfach da. Und es ist vor allem nicht in einer bestimmten Menge da. Es kann aber in unterschiedlichen Mengen entstehen: In einer größeren, wenn dazu die Verschuldungsbereitschaft und -fähigkeit besteht, in einer kleineren Menge im Gegenfall. Wobei sich die Verschuldungsfähigkeit vor allem über die Bewertung der Unternehmen auf den Aktienmärkten aus drückt.

So wie also bei der Entstehung eines Produktes dieses in den verschiedenen Stufen von einem Unternehmen zum anderen weitergereicht wird, müssen sich die jeweiligen Unternehmer beim Zukauf der Vorprodukte immer wieder verschulden, damit sich ihre Vorläufer entschulden können. Es ist dies ein Art Stafettenlauf. Jedoch - und das ist wichtig - müssen sich die Nachläufer insgesamt immer höher verschulden als der Vorläufer, weil zu deren jeweils direkten Kosten auch die Finanzierungskosten und ein Gewinnaufschlag zu gerechnet werden. Die Nachläufer übernehmen so nicht einfach die Schulden der Vorläufer, sondern müssen diese jeweils aufstocken. Insgesamt müssen also die Schulden immer höher werden.

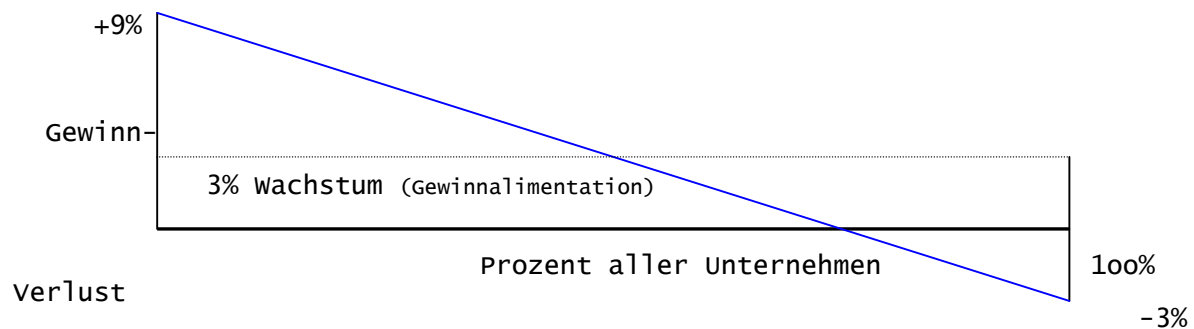
## 5.

Idealtypisch sind es die Unternehmer als Kollektiv, die über ihre Bereitschaft zur Verschuldung Geld hervorbringen.<sup>30</sup> Vom Maß dieser Bereitschaft hängt es auch ab, wie viel Geld entsteht. Sie ist von der Zuversicht abhängig, diese Verschuldung durch den Verkauf der erzeugten Produkte wieder abbauen zu können und dabei einen Überschuss des Verkaufspreises über Erzeugungskosten, also einen Gewinn zu erzielen.

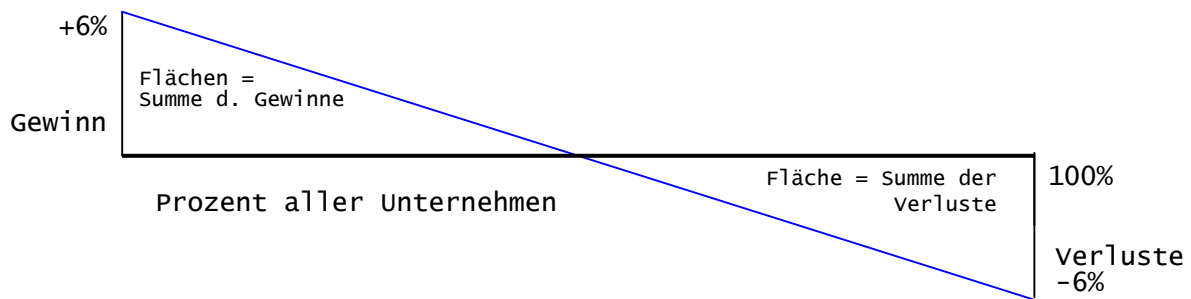
Ein Gewinn aber wird erwartet, weil mit der Produktion und der diese voraussetzende Verschuldung ein Risiko verbunden ist.

Die Verschuldung kommt durch Aufnahme eines Kredites zustande, mit dem bei einer Produktion nicht nur die Vorprodukte und Vorleistungen - also auch die Lohnarbeit - bezahlt werden müssen, sondern auch die Steuern und Abgaben. Dieser Kredit ist aber durch bereits vorhandenes Eigentum - Betriebsvermögen, Grundstücke, Wertpapiere - zu besichern. Kredit setzt also Eigentum in Form von Rechtstiteln voraus, die mit der Sicherstellung auf das Spiel gesetzt werden. Sie können bei misslungenen Geschäften, also dann, wenn die Kosten über die beim Verkauf erzielten Preise nicht hereingespielt werden können, auch verloren gehen.

Zwangsläufig stellt sich dabei die Frage, warum jemand aber etwas riskieren sollte, bei dem allenfalls ein Verlust des Eigentums, aber kein Gewinn heraus schauen sollte? Dem Risiko müssen somit ausreichende Gewinnerwartungen gegenüberstehen, damit Unternehmer überhaupt etwas unternehmen, also investieren, und dabei durch ihre Verschuldung auch Geld hervorbringen.



**Abb. 2a: Vereinfachte makroökonomische Gewinnverteilung bei Wachstum 3%**  
(Summe der Gewinne > Summe der Verluste)



**Abb.2b: Vereinfachte makroökonomische Gewinnverteilung ohne Wachstum**  
(Summe der Gewinne = Summe der Verluste)

Nun verläuft aber die Wettbewerbsdynamik auf einer schiefen Ebene, einer schiefen Plattform, die umso stärker in den Verlustbereich eintaucht, je geringer der wirtschaftliche Auftrieb ist, je weniger also die Wirtschaft wächst. (s. dazu Abb. 2) Unternehmer, die dann in der Rationalisierung weiter zurückliegen und daher höhere Stückkosten haben, werden im Vergleich zum rationalisierten Unternehmen nicht nur geringere Gewinne, sondern jetzt sogar Verluste einfahren. Sie geraten "unter Wasser", werden zum Ausscheiden gezwungen sein, wenn ihre wirtschaftliche Lage die Bedienung der Fremdfinanzierung nicht mehr möglich macht. In diesem Wettrennen werden deshalb viele versuchen, möglichst gute Startpositionen einzunehmen und deshalb möglichst rasch hoch zu rationalisieren.

In dieser Situation sind wir derzeit. Und sie spiegelt sich auch bei Semperit und dem shareholder-value wider. Große amerikanische Pensionsfonds suchen für ihre Gelder Anlagemöglichkeiten, die sich nicht nur in heutigen Gewinnen, sondern in zukünftigen Gewinnerwartungen ausdrücken. Da ihr Geschäft ein Umwälzgeschäft, müssen die Papiere ja stets mit Gewinn verkaufbar sein. Die auszuzahlenden Beträge für die alten Kunden müssen sie ja immer wieder durch Einzahlungen der neuen Kunden decken. Diese aber können sie nur gewinnen, wenn sie ihnen entsprechende Gewinnerwartungen vermitteln können. Andernfalls ist es ja einfacher und sicherer, ihr Geld auf Sparkonten zu lassen. Zugespitzt gesagt: Das Geschäft der Pensionsfonds ist ein gemäßigtetes Pyramidenspiel.

Diese Gewinnerwartungen drücken sich nun in den Aktienkursen aus, die aber wieder davon abhängen, wo das einzelne Unternehmen im Wettlauf rangiert, d.h. wie weit vorne es in seinen Rationalisierungsbemühungen liegt und zukünftig Kosten einsparen kann. Jetzt geht es ja nicht nur um die Höhe des Gewinnes, sondern darum, überhaupt auf eines der Unternehmen zu setzen, das überlebt, und nicht auf eines, dessen Eigentumsanteile demnächst überhaupt

abzuschreiben sind. Es geht nicht nur um den Fensterplatz im Zug, sondern um das weitere Mitfahren.

Genau das führt zu dieser Brutalisierung, wie wir es im Fall Semperit erleben. Die Ursache hierfür liegt nicht zuletzt in der Schwäche des Wirtschaftswachstums, die den gesamtwirtschaftlichen Gewinnsaldo schrumpfen lässt.

Geld ist also mehr als nur ein Schleier über der realen Wirtschaft. Und es geht um mehr als ein Zuckerlgeschäft. Hier stehen zutiefst gesellschaftliche Fragen dahinter.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Produktion ist die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Diese erlangt es durch einen Kredit: Entweder direkt von der Bank, wobei nichtliquides Eigentum etwa in Form von Grundstücken oder Anlagevermögen als Sicherstellung dient. Oder in Form von Eigenkapital, welches in Geld eingezahlt wird, hinter dem aber wieder ein Kredit- und Schuldverhältnis steht, das allerdings jemand anderer eingegangen ist.

Aus dem Kredit heraus kann der Unternehmer die für die Produktion notwendigen Zahlungen für Löhne, Vorprodukten, Vormaterialien, Betriebsstoffe und Investitionen für Maschinen und Einrichtungen leisten. Sie bilden die vorfinanzierten Kosten. Für die Preisermittlung zugerechnet werden auch noch buchhalterische Zinsen und ein Zuschlag für Gewinn und Risiko. All das müssen die Unternehmer über die Preise ihrer Produkte wieder hereinbekommen, wobei als Marge allein der Zuschlag für Gewinn und Risiko bleibt, sieht man von einer Teilkostenrechnung ab.

Zu den Kosten zählen aber auch alle Steuern und Abgaben, unabhängig davon, worauf sie eingehoben werden. Auch sie müssen die Unternehmer vorfinanzieren und sich hierfür verschulden. Und sie müssen auch diese Kosten samt Zinsen über die Preise ihrer Produkte auf den immer stärker globalisierten Märkten wieder hereinbekommen, auf denen die nationalen Wirtschaften mit ihren unterschiedlichen Kostenstrukturen miteinander konkurrieren.

## 6.

Damit aber stellt sich die Finanzierung eines Grundeinkommens nicht als eine Verteilungsfrage dar, sondern als eine Kostenfrage.

Dass Steuern und Abgaben, unabhängig davon, worauf und wofür sie eingehoben werden, für den Unternehmer Kosten sind, scheint nicht unbedingt so erkannt zu werden. So meint Lieselotte Wohlgenannt:

„Mit steigender Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung würden sich auch Änderungen in anderen Sektoren der gemessenen Wirtschaft als notwendig erweisen: (.....) Parallel dazu würde die Beschäftigung im informellen Sektor zunehmen. Längerfristig könnte sich daraus die Notwendigkeit ergeben, das Grundeinkommen zu erhöhen und das Finanzierungsschwergewicht von der Lohn- und Einkommenssteuer auf eine Wertschöpfungssteuer oder ähnliches zu verlagern. Geschieht dies nicht, könnte auch ein Grundeinkommen einen negativen Kreislauf in Bewegung setzen: weniger Arbeit im formellen Sektor - weniger Masseneinkommen - weniger Kaufkraft und geringere Nachfrage - weniger Produktion im formellen Sektor - geringere Möglichkeiten, Grundeinkommen in genügender Höhe zu zahlen - Verarmung. Diese Gefahr ist zweifellos umso größer, je niedriger das Grundeinkommen von vorneherein angesetzt wird.<sup>31</sup>

Die Finanzierung eines Grundeinkommens wird hier nur als Allokationsfrage gesehen. Das heißt: Worauf wird eine hierfür vorgesehene Steuer oder Abgabe eingehoben? Nicht möglich sollte ja sein, deren Steuerbasis wegzurationalisieren, soll die Steuer auch einen Ertrag bringen.

Dabei wird zusätzlich davon ausgegangen, dass das Produktionsvolumen selbst, also die Wertschöpfung, trotz dieser Abgabe oder Steuer gleich groß bleibt oder gar noch wächst.

Im Sinne der neoklassischen Theorie scheint man nun aber zu denken, dass Unternehmer nur Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen.

Was sie aber wirklich wegrationalisieren wollen, sind Kosten, wo immer sie auch entstehen. Richtig ist, dass dies bislang vor allem Arbeitsplätze sind, verursacht durch die hohen Kosten der Arbeit durch deren Heranziehung als Steuer- und Abgabenbasis. Werden diese auf einen anderen rationalisierbaren Faktor verlagert - etwa Energie oder Stoffdurchsatz - so sind hier Rationalisierungsbemühungen erwartbar. Wird jedoch die Wertschöpfung an sich belastet, so ist zu fürchten, dass diese dann insgesamt wegrationalisiert wird, wenn es andere Standorte mit geringerer Belastung gibt.<sup>32</sup>

Die Wertschöpfungsabgabe ist ja eine Abgabe, die vor allem hochrationalisierte Industriebetriebe treffen würde, die heute schon mit hohem Kapitaleinsatz und wenig Arbeitskräften eine hohe Wertschöpfung betreiben. Wird diese nun zusätzlich belastet, so tritt genau das ein, was wir im Fall Semperit derzeit erleben: Die Verlagerung in ein Billigkostenland. Konkret wäre bei einer Wertschöpfungsabgabe zu befürchten, dass nicht nur ein Teil, sondern die gesamte Produktion verlagert würde, weil eben dadurch Rationalisierungs- - und damit Kosteneinsparungserfolge zumindest zu einem Teil wieder weggesteuert würden.

Damit aber ist überhaupt zu prüfen, wieweit eine Wertschöpfungsabgabe unter den Bedingungen eines geringen Wachstums nicht sogar kontraproduktiv ist, weil die Netto-Investitionen aus Rationalisierungsprogrammen und damit auch dieses damit verursachte Wachstum noch wegfallen könnte. Arbeitsplätze sind ja in einer bestimmten Volkswirtschaft, etwa Österreich nicht deswegen gesichert, weil nicht rationalisiert wird. Sie könnten dann vielmehr im industriell-investiven Bereich zu Gänze wegfallen.

Es zeigt sich nun, dass das Grundeinkommen keinen Ausgleich zu den zurückgehenden Masseneinkommen aus der Erwerbsarbeit schaffen kann, weil es genau so wie die Einkünfte aus Erwerbsarbeit von der Erwerbswirtschaft und deren Entwicklung direkt abhängig ist. Diese weist aber nur dann eine positive Entwicklung auf, wenn das Wirtschaftswachstum genügend groß ist, um auch für jene Unternehmen das Überleben zu sichern, die noch nicht so hoch rationalisiert sind.

## 7.

Zusammengefasst: Ein Grundeinkommen in Geld bleibt an die Rationalität der Geldwirtschaft gebunden. Es kann dieses System nicht überwinden, sondern bleibt diesem System verpflichtet. Notwendig, wenn auch nicht hinreichend, wäre einerseits eine globale Wirtschafts- und Sozialpolitik, die global einheitliche Rahmenbedingungen schafft, so dass weltweit alle Unternehmen unter den gleichen Voraussetzungen am Wettbewerb teilnehmen. Oder aber eine auf freiwilliger Vereinbarung im Sinne von Solidarität und Reziprozität basierende weitgehend geschlossene Regionalwirtschaft, in der alle - Konsumenten wie Unternehmer - sich verpflichten, im "Haus", im "oikos" zu bleiben - also eine "National-Ökonomie" zu bilden. Doch hinreichend sind auch diese kaum zu realisierenden Bedingungen nicht. Denn noch immer bleibt das Wachstumsproblem mit seinen Konsequenzen für unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Ein zumindest teilweiser Ausstieg aus der sich als Geldökonomie darstellenden Erwerbswirtschaft scheint daher unumgänglich. Es geht um eine neue gerechte Verteilung der Arbeit in der Erwerbswirtschaft, der Erwerbsarbeit - die heute allein als "Arbeit" angesprochen wird - einerseits, und andererseits in jener Wirtschaft außerhalb derselben, die ich hier Sozialwirtschaft nennen möchte und weit über das hinausgeht, was unter Subsistenzwirtschaft verstanden wird. Hier scheint es, ist wieder an dem anzuknüpfen, was schon vor mehr als einem Jahrzehnt diskutiert wurde. Was Joseph Huber damals schrieb, gilt heute umso mehr:

„Tatsächlich geht es heute" u.a. darum, die letzten Reste von Eigenarbeit und menschlichem Gemeinschaftsleben vor ihrer endgültigen Vereinnahmung und Zerstörung durch das industrielle System zu bewahren." <sup>33</sup>

Hier müssen sich allerdings neue Verhaltensweisen für die damit verbundene Sozialarbeit entwickeln, welche nicht allein den schwächeren Bevölkerungsteilen, insbesondere den Frauen, wieder zugeschoben werden darf. Diese Sozialarbeit aber muss in einer Form entgolten werden, die mehr Freiheit, Unabhängigkeit, aber gleichzeitig aber auch mehr soziale Eingebundenheit bietet, als dies heute die "Schenkung" in der Subsistenz- und Hauswirtschaft tut. Dieser Anspruch ist aber über etwas anderes als das Grundeinkommen auf Basis "Geld" zu verwirklichen, weil dieses eben den Systemzwängen einer Geldwirtschaft verpflichtet bleibt. Dieses Neue muss aber gleichzeitig auch die Verbindlichkeiten für das Gemeinschaftliche verspüren lassen.

Insofern sollte hier überlegt werden, inwieweit die Möglichkeit der Einführung einer neuen Verrechnungseinheit möglich und vorteilhaft wäre, die gerade jener Vorstellung entspricht, wie sie die Neoklassiker von unserem heutigen Geld haben: Eine neutrale Verrechnungseinheit für geleistete Arbeit, die von sich aus nichts bewirkt, aber doch jenen Kreis von möglichen Austauschpartnern vergrößert, der über ein durch persönliche Beziehungen hergestelltes Netzwerk hinausgeht. Erste Ansätze hierfür sehe ich in dem, was als "Talente-System" in kleinen Ansätzen, aber an vielen Orten aus dem Boden sprießt.

Voraussetzung zur Annahme dieses Neuen aber ist, dass wir Geld als den großen Blender erkennen: Es spiegelt uns die große Illusion der Freiheit und der persönlichen Unabhängigkeit von Menschen wider, zu konsumieren, was, wann und wo wir wollen, um uns hinterrücks umso mehr in Abhängigkeit von einem System zu stürzen, das uns nicht mehr aus seinen Zwängen lässt. Wir werden ein Stück dieser Freiheit, die das Soziale aufhebt, hergeben müssen, um eine andere Freiheit zur Sicherung unseres sozialen und ökologischen Zusammenlebens zu gewinnen. Denn Freiheit braucht Gemeinschaft, um einen Bezug zu haben. In diesem Sinn gilt es vor allem die Gemeinschaftswerte, die „commons“ wieder zu beleben: Das "Ich&Wir", das ganz stark am Anfang der Alternativ- und Ökologiebewegung im Vordergrund stand, in eineinhalb Jahrzehnten aber auch dort von der "Ich-Welle" überrollt wurde.

*Linz, Frühjahr 1996*

---

## **Anmerkungen**

<sup>1</sup> Die einst österreichische Firma Semperit, zuletzt Tochter der deutschen Continental, war schon 1996 vom Zusperrern bedroht, was jetzt wirklich wurde.

<sup>2</sup> Sie alle scheinen damit auch der neoklassischen Sozialpsychologie vom Menschen als einen rationalen Nutzenmaximierer anzuhängen: der Mensch als homo oeconomicus.

<sup>3</sup> Siehe dazu: Hajo Riese, "Geld - das letzte Rätsel der Nationalökonomie", Zeitschrift für Sozialökonomie, 104/95

<sup>4</sup> Dementsprechend wird das Thema "Geld" auch in all den alternativen Ansätzen entweder gar nicht oder bestenfalls peripher behandelt. Kritik geübt wird am "naturwissenschaftlich, mechanistischen Leitbild", "an der mangelnden Diskussion kulturell bedingter Grundvorstellungen", "am Menschenbild der Ökonomie", "am mangelnden Einbezug der Natur", "an der Vernachlässigung der Macht und Verteilungsfrage". Dass sich in unserer Wirtschaft alles um Geld dreht, wird zwar erwähnt. Aber das ist auch schon alles. Vgl. etwa Ada Pellert, "Ökonomiekritik" in W. Berger/ A. Pellert, "Der verlorene Glanz der Ökonomie", Falter-Verlag, 1993

<sup>5</sup> Übernommen von Prof. J. Brunner, Uni Linz, so wie er das den Erstsemestrigen vermittelt.

- 
- <sup>6</sup> In dieser vereinfachten Form der Input/Outputanalyse sind sowohl der Staatssektor als auch Im- und Exporte weggelassen. Die Abschreibungen sind in der Konsumquote implizit enthalten: Konsum=BSP-Ersparnisse - Abschreibungen.
- <sup>7</sup> siehe dazu: Karl Polanyi, "The Great Transformation", Europaverlag, 1977
- <sup>8</sup> „Viele grundlegende neoklassische Wirtschaftsmodelle gehen davon aus, dass jedes Ding einen eigenen Preis hat, dass alle Angebote zugleich gemacht werden, dass alle Geschäfte zugleich abgeschlossen und alle Preise zugleich festgesetzt werden und dass der Markt sich mit einem Schlag räumt. Dann begänne der ganze Prozess von vorne.“ (Lester C. Thurow, zit. nach Amitai Etzioni, "Die faire Gesellschaft", Fischer, 1996, 5.72)
- <sup>9</sup> Wie die absolute Höhe des Geldpreises allein von der Menge des "darübergeworfenen" Geldes abhängt, ermittelt der neoklassische Monetarist M. Friedman in seinem "Hubschrauberbeispiel" anhand der Quantitätstheorie des Geldes. (M. Friedman, "Die optimale Geldmenge", Fischer, 1976)
- <sup>10</sup> Erst ein Hjalmar Schacht hat die Rolle des Geldes erkannt und damit zur Stabilisierung der Nazi Herrschaft Wesentliches beigetragen. Vgl. dazu Golo Mann, "Deutsche Geschichte. ...", Fischer, 1992 10 "Profitquote" salopp als Zusammenfassung der Gewinn- und Zinsquote
- <sup>11</sup> „Profitquote“ salopp als Zusammenfassung der Gewinn- und Zinsquote.
- <sup>12</sup> Gerne wird von Kritikern etwa bei ökologisch umstrittenen Projekten von "Geldverschwendung" gesprochen, was heißt: "Das Geld ist schon da, aber..."
- <sup>13</sup> Ada Pellert, aaO., S. 2
- <sup>14</sup> Lieselotte Wohlgenannt / Herwig Büchele, "Den öko-sozialen Umbau beginnen", Europaverlag, 1990, Seite 112 bzw. 113.
- <sup>15</sup> Luise Gubitzer, "Plädoyer für ein Basiseinkommen", in Gföhler Kreis, "Mehr Sein, mehr wagen", 1985, S. 70
- <sup>16</sup> In "Die Alternative" 61, S. 21
- <sup>17</sup> Dass es systemisch nicht möglich ist, darauf werden wir später zurückkommen
- <sup>18</sup> Oder es wird gleichermaßen nicht gefragt wird, wie Konsumenten und Investoren im anderen Fall- d. h. die Geldmenge erhöht sich nicht - auf eine Erhöhung der Kaufkraft des Geldes - also einer Deflation - reagieren. Die Wirtschaftssubjekte sind rationale Rechner in Relativ- bzw. Realpreisen, so etwas wie Geldillusion gibt es in dieser Welt nicht.
- <sup>19</sup> Dies war und ist ja besonders das Anliegen der Monetaristen. Siehe Milton Friedman, a.a.O. Die Deutsche Bundesbank - die ja maßgeblich auch die österreichische Geldpolitik bestimmt - legt jedes Jahr einen 'Zielkorridor' für das Geldmengenwachstum entsprechend dem erwarteten Wirtschaftswachstum fest - um ihn dann schlussendlich doch nicht einzuhalten.
- <sup>20</sup> Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, Dietz, 1953, 5.331
- <sup>21</sup> in Grüne Bildungswerkstatt, Werkstattsschriften, Arbeitswelten- Lebenswelten f Arbeit, Wien, 1996, S. 126
- <sup>22</sup> siehe Waltraud Schelkle / Manfred Nitsch (Hrsg.), "Rätsel Geld", Metropolis, 1995
- <sup>23</sup> Joan Robinson / John Eatwell, "Einführung in die Volkswirtschaftslehre", Fischer, 1977, S. 149ff
- <sup>24</sup> In "Notenbank und Währung", herausgegeben von der Österr. Nationalbank, 1985, S. 42
- <sup>25</sup> Dabei ist zu beachten, dass sich für die Lohnempfänger der Unternehmer verschulden muss, sofern er nicht auf eine Zahlung zurückgreifen kann, hinter der die Schuld eines anderen steht: Im Beispiel der B.
- <sup>26</sup> Siehe dazu auch: Ernst Dorfner, "Der Zins in der modernen Geldwirtschaft" in Binswanger / Flotow, "Geld & Wachstum", Weitbrecht, 1994
- <sup>27</sup> Siehe "Notenbank und Währung", S. 38
- <sup>28</sup> J. M. Keynes, "Allgemeine Theorie ...", Duncker & Humblot, 1935 Seite 125,
- <sup>29</sup> Joan Robinson / John Eatwell, aaO., S. 150
- <sup>30</sup> Wie weiter oben bereits festgehalten, gilt die auch für "bereits vorhandenes Geld", hinter dem ja auch wieder ein Schuldner und Kreditnehmer steht. In dem Sinn wird auch von den Unternehmen als Kollektiv gesprochen
- <sup>31</sup> H. Büchele / L. Wohlgenannt, "Grundeinkommen ohne Arbeit", Europaverlag, 1985, S. 180
- <sup>32</sup> "Kosten bleiben Kosten" : So titelt Hans Besenböck seinen Beitrag in Kompetenz 6/% zum Thema "Wertschöpfungsabgabe"
- <sup>33</sup> Joseph Huber, „Anders arbeiten - anders wirtschaften“, Fischer, 1979, S. 32